

# Sächsische Volkszeitung

## Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Er erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.  
Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierteljährlich 2,10 M. In Dresden durch Post 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,55 M.; in Oesterreich 4,15 K.  
Ausgabe B ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,60 M. In Dresden durch Post 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,25 M.; in Oesterreich 4,07 K. — Einzel-Nr. 10 P.

Inserate werden die Carlshofen-Vertheilung über beide Nummern mit 15 P. pro Zeile mit 50 P. die Zeile berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Rabatte.  
Redaktions-Verwaltung und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Telefon-Nr. 1300  
Für Abgabe anverlangt. Schriftliche Verträge sind zu schließen. Redaktions-Sprechstunden: 11 bis 12 Uhr.

**Für das 4. Quartal 1911**  
abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Freitagabend“ zum Preise von **1,80 M.** (ohne Bestellgeld), durch den Posten ins Haus **2,10 M.** Der Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Zeit in Wort und Bild“ erhöht sich monatlich um 10 Pfennig.

### Ein ernstes Wort.

Die Sozialdemokratie hat in Jena dem Zentrum den Krieg erklärt, die linksliberale Presse tödtet und wütet gegen den „Ultramontanismus“, der Evangelische Bund hält nach wie vor den Kampf gegen die katholische Kirche für wichtiger, als die Abwehr der Feinde des Evangeliums im eigenen Lager. Ueber die Bretter, die die Welt bedeuten, geben Stühle, die von der Intoleranz der katholischen Kirche oder der Dummheit ihrer getreueren Anhänger erzählen, wie Schönherr, „Glaube und Heimat“ und Thomas, „Erster Akt“, auf der weißen Leinwand der Kinematographen zittern die Bilder sittlich verderbter römischer Geistlicher und barbarischer Päpste. Wühlblätter zweifelhafter Sorte setzen in gemeiner Satire und Zote die „Aufklärungsarbeit“ volksverhöhnender Tageszeitungen fort und schon versuchen gewissenlose Wühler auch die politisch und religiös neutral sein sollende Fachpresse und selbst Familienblätter zum Kampfe gegen Rom zu bewegen. Lüge und Verleumdung erheben dreist ihr Haupt und kein Mittel ist zu gemein, sofern es sich nur verwenden läßt als Waffe gegen den verhassten Katholizismus. Und wehe dem, der die Stühelheit beißt, sich in der Öffentlichkeit als ganzer, treuer Katholik oder gar als Feind der Feinde von Thron und Altar zu bekennen! Mit Hohn und Spott übergoßen ist er als Finsternis oder Hölmling in der sogenannten Gesellschaft unmöglich geworden, und nicht nur als Privatmann, nein, wenn irgend möglich, auch im Beruf, gilt es ihn schlecht und verächtlich zu machen. „Kreuziget ihn!“ tönt es von allen Seiten dem Verwagenden entgegen, der sich treu zur Tiara bekennt und tausendmal schlechter als der gemeinste Ehebrecher oder Vaterlandsverräter ist, der, der offen und ehrlich sein Credo in unum sanctum catholicum ecclesiam, ich glaube an eine heilige katholische Kirche, spricht.

Zeichen der Zeit! Und zugleich ein Mahnruf zum Zusammenklaffen für alle, die mit ernster Sorge das beängstigende Wachsen des Unfriedens und des Unglaubens sehen. Ein Mahnruf, zusammenzustehen zum Schutze der heiligsten Güter der Katholiken, sich noch mehr und noch fester um das Zeichen des Kreuzes und um den Hirtenstab zu scharen. Wer in seinem Herzen noch einen Funken Liebe zu seiner Kirche bewahrt hat, wer nicht will, daß dereinst auch in unserem deutschen Vaterlande wie in Frankreich und Portugal der Umsturz triumphiert und Thron und Altar hinweggerissen und das Kreuz gelöstert und mit Füßen getreten wird, der kann und darf nicht länger mehr untätig abseits stehen, der muß jetzt erwachen und in die Reihen der Kämpfer für Christentum, Vaterland und guten Sitte eintreten. Es muß jeder nach seinen Kräften, mithelfen, den Freiheitshelden und Volksbegleitern nach dem Sinne des „Berliner Tageblattes“ und des „Vorwärts“ die heidnische Maske vom Gesicht zu reißen, er muß dazu beitragen, dem Volke die Augen darüber zu öffnen, wie viel Lüge und Verleumdung in all den Erzählungen von den Sünden der Kirche, ihrer Führer und Priester und von der Schlechtigkeit aller rechtsstehenden Kreise enthalten ist.

Um aber das zu können, muß er vor allem dort Rat und Mithilfe holen, wo er in erster Linie Hilfe und Unterstützung finden kann: In der katholischen Presse. Mehr als je ist es deshalb heute Ehrenpflicht für jeden Katholiken, eine katholische Zeitung zu halten und zu lesen, mehr als je ist es eine Notwendigkeit, daß jeder wahre und echte Katholik beiträgt zur Stärkung und immer weiteren Verbreitung der katholischen Presse. Darum, Freunde, setzet dafür, daß vor allem auch unsere tapfere „Sächsische Volkszeitung“ zur täglichen Lektüre aller Katholiken in Sachsen wird! Alle Mann an Bord... der Sieg wird dann auch diesmal unser sein! A. d. o., Leipzig.

### Die abgelehnte rote Offerte.

Dresden, den 21. September 1911.

Herr Webel hat in Jena die Bedingungen für die Unterstützung von liberalen Kandidaten recht nieder gestellt; er hat seine Radikalen damit zu beruhigen gesucht, daß er erklärte, mehr könne nicht gefordert werden. Diese Ansicht vertreten wir allerdings auch, denn wer diesen roten Schein unterschreibt, der ist ein politischer Sklave des Abgeordneten Webel. Die freisinnigen Kandidaten scheinen ohne weite-

res dazu entschlossen zu sein, denn ihre Presse akzeptiert die sechsfache Sklavensklave ohne weiteres, ja sie findet darin nichts besonderes.

Anderst ist die Aufnahme im nationalliberalen Lager; da lehnt man die Offerte rundweg und in allen Teilen ab. Das Signal gab die parteiantliche „Nat.-lib. St.-Presse“, die zu den Stichwahlbedingungen von Jena schreibt:

„Wir müssen es daher, wie schon aus anderweitigen Anlässen, so auch angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl nachdrücklich als eine Forderung der politischen Sittlichkeit wie der persönlichen Würde bezeichnen, daß die Kandidaten, die um das Vertrauen der Wählererschaft werden, es grundsätzlich von sich weisen, anderen Parteien gegenüber schriftliche oder mündliche Abmachungen einzugehen oder sich auch nur auf Verhandlungen in dieser Hinsicht einzulassen.“

Diese Lesart findet nun in weiten liberalen Kreisen Zustimmung. So schildert die „Nöln. Zeitg.“ die Situation sehr zutreffend in den Sätzen: „Webel enthielt sich beinahe jeder Polemik gegen den Liberalismus, dem er bei Bürgerlichen Stichwahlen die Hilfe der Sozialdemokratie beinahe bedingungslos in Aussicht stellte. Die in Jena ausgesprochene Parole lautet demgemäß nicht: Auf zum Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien, sondern nur: Auf zum Kampfe gegen den schwarz-blauen Vlod! Die Spekulation, die man dabei aufstellt, ist klug und durchsichtig; man weiß, daß seit der Reichsfinanzreform in weiteren Kreisen des Bürgertums eine große politische Erbitterung gegen den schwarz-blauen Vlod Platz gegriffen hat, die leicht zu einem Radikalismus der politischen Gesinnung führt. Diese Erbitterung heißt man sozialdemokratischen Zwecken nutzbar machen zu können. Man hofft, recht viele bürgerliche Wähler gewinnen zu können, indem man sagt: Seht, wir haben in Jena unseren Radikalismus gemildert, die Gegenläufe in der Partei sind insoweit ausgetrieben, wir wenden uns daher gegen den schwarz-blauen Vlod, dessen Politik ja auch ihr mißfällt; also liegt kein Grund vor, uns eure bürgerlichen Stimmen zu verweigern. Betrachtet man von diesem Gesichtspunkte die außerordentlich gemäßigten Reden Webels, auf die in anderer Hinsicht noch näher einzugehen kein wird, so ergibt sich für den Liberalismus die Notwendigkeit, derartigen Mandatnehmern schon jetzt durch energische Aufklärungsarbeit entgegenzutreten. Die Sozialdemokratie ist und bleibt die Partei der Revolution, wie sich das gerade in Jena immer wieder zeigte. Ueber das Endziel sind alle Richtungen der Sozialdemokratie von Rosa Luxemburg über Webel und Ledebour bis Frank einig, wenn auch über die Mittel und Wege die Meinungen auseinandergehen.“

Sehr zutreffend gesagt, aber wenn es nicht leere Worte sein sollen, dann muß nun die Tat sehr schnell folgen; man hat in Düsseldorf hierzu überreiche Gelegenheit, um zu zeigen, daß die Sozialdemokratie die „Partei der Revolution“ ist. Schon in acht Tagen muß gepiffen werden, da darf man nicht mehr nur den Mund öffnen.

Der frühere nationalliberale Abgeordnete Dr. Böttiger meint unvorig:

„Die Fortschrittspartei subskribiert, daß ihrer Partei diesmal nicht die Hanfstrickle, sondern ein rotes Bändchen des roten Kampfschneiders umgelegt werden soll. Auch hier wird eine große Weisheit beim Bürgertum vorausgesetzt. Denn Webel's neue Parole besagt, daß bei der Stichwahl überall selbstständig vorgegangen werden soll, daß also sozialdemokratische Stimmen so viel wie möglich gesammelt werden müssen. Das kostet aber, da dann vielfach Fortschrittscandidaten überhaupt aus der Stichwahl ausscheiden werden, der Fortschrittspartei eine Anzahl von Mandaten, was ihr übrig gelassen wird, kann sie dann nur erwerben, wenn sie den oben erwähnten Revers unterschreibt, der ein imperatives Mandat schlimmster Art enthält, verfassungswidrig ist und die parlamentarische Bewegungsfreiheit arg beschränkt. Was erklärt dann die Sozialdemokratie nicht alles für Ausnahmesehens und Beschränkung politischer Freiheit, was ist ihr nicht Belastung der Volksmassen? Man muß schon ein sehr weites Gewissen haben, um den Revers im Sinne und nach dem Wunsche der Sozialdemokratie unterschreiben zu können.“

Auch daran wird man später wieder erinnern müssen, zum Beispiel im Oktober im Kreise Konstanz. Wir wollen dann sehen, wer der Kandidat mit dem „weiten Gewissen“ ist. Auf der Zentrumsseite wird er nicht zu finden sein.

Wenn heute sich zahlreiche liberale Stimmen dagegen wehren, daß sie ein Jena erleben wollen, so darf man doch nicht zu übereilig sein mit den endgültigen Schlüssen; es kann in der Wahlzeit leicht anders kommen; da kann es bei manchen liberalen Kandidaten heißen:

„Schreibt, Herr, schreibt, daß Ihr bei der Pfarre bleibt.“

Aber wir wollen uns dann wenigstens daran erinnern, daß es im September viele liberale Kreise gegeben hat, die einen Revers für die Sozialdemokratie als eine Entwürdigung angesehen haben.

### Vollstündige Rundschau.

Dresden, den 21. September 1911.

— Ueber den Stand der Marokkoverhandlungen meldet halbamtlich die Agence Havas, daß beide Regierungen von

dem lebhaften Wunsch auf Verständigung geleitet werden, so daß die Aussicht auf eine befriedigende Lösung vorhanden sei. Dennoch beständen noch „prinzipielle“ Fragen in der Säube, in denen Frankreich nicht nachgeben könne. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau bezieht sich, diese Auffassung zu bestätigen, aber zugleich hervorzuheben, daß auch deutsch: Verhandlungen prinzipieller Natur beständen, auf die Deutschland nicht verzichten könnte. Diese halbamtlichen Kundgebungen der französischen und deutschen Regierung haben auf der Seite der neutralen Natur beständen, wurden vom Auswärtigen Amte den Mitgliedern der Finanzwelt sofort beruhigende Versicherungen gegeben. In der Unterredung erklärte Unterstaatssekretär Zimmermann: „Die Marokkofrage wird in zwei bis drei Tagen in günstigem Sinne erledigt sein.“ Die Vertreter der Großfinanz fragten darauf, ob sie von dieser Ankündigung Gebrauch machen könnten, und der Unterstaatssekretär entgegnete: „Ja, jeden beliebigen Gebrauch.“ Die Herren teilten alsbald die Worte des Unterstaatssekretärs der Börse mit, die Banken intervenierten und ein größerer Kurssturz wurde verhindert.

— **Vertagung der Marokkofrage.** Eine schon etwas mehr als sonderbare Idee, so schreibt der Reichstagsabgeordnete Erzberger, ist in der letzten Woche in einer Anzahl deutscher Blätter aufgetaucht: man möge die Lösung der Marokkofrage bis zu einem politisch günstigeren Zeitpunkt vertagen. Sein Spahvogel kam auf diesen superfluen Gedanken, der den Hundstagen zur Ehre gereichen würde. Was soll denn durch eine Vertagung der Lösung gewonnen werden? Was heute Schwierigkeiten bereitet, liegt auch noch in Jahren hindernd im Wege; der heutige Zeitpunkt ist jedenfalls nicht ungünstiger als ein späterer. Einmal muß das Reich wieder eine aktive Auslandspolitik beginnen, und werden sich dem ersten Anlaufe die vereinten Segner gegenüberstellen; das ist 1922 noch ebenso wie 1911. Wollte man aber jetzt nutzlos die Hände sinken lassen, weil zu viele Schwierigkeiten vorhanden sind, so wäre dies eine Blamage sondergleichen, die von den verderblichsten Folgen für das Ansehen des Reiches sein müßte. Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden“, sagte einmal der heutige Reichskanzler, und diese Schwierigkeiten werden im Laufe der Jahre nicht kleiner, sondern immer größer und zahlreicher. Man kann sich das Gelächter der Welt vorstellen, wenn Deutschland die Aktion ohne Erfolg abbrechen würde; es müßten sich namentlich die Engländer fügen vor Vergnügen. Dann wage später einmal das Reich einen neuen Vorstoß! Daher kann unter keinen Umständen von einer Vertagung der Lösung die Rede sein. Wie denkt man sich denn die Zwischenzeit? Soll unser Schiff aus Agadir abziehen, oder soll es bleiben? Sollen immer mehr Deutsche sich dort niederlassen oder sollen sie sich zurückziehen? Wie soll es mit der französischen Expedition in bezug gehalten werden? So erhebt sich eine wichtige Frage nach der anderen und alle drängen auf eine Entscheidung und definitive Lösung. Man kann aus diesen Gegenstand des Streites nicht mehr jahrelang zwischen zwei benachbarten Staaten lassen; das könnte England am meisten zutagen. Je reiflicher die Marokkofrage gelöst wird, um so besser für unsere gesamte Stellung in der internationalen Politik. Endlich sei noch die Frage genannt: Wann soll denn die politisch günstigere Situation kommen? Sein Reich hat die Zukunft in der Hand, darum soll man keinen Wechsel auf diese anschieben und keine notwendige Aktion auf sie verschieben. Wenn nicht ein außer der gewöhnlichen Vernehmung stehender Faktor auftritt, wird die heutige Situation noch so lange dauern, als sie schon bestanden hat; dreht sich aber das Blatt der Weltgeschichte mehr zu unseren Gunsten, dann hat das Reich noch Ansehen genug auf dem Herzen, die zu erfüllen sind. Man hat zu Beginn der Agadiraffäre alleinig ein zähes Durchhalten gefordert, und diese Politik hat sich bisher bewährt; wer die stärksten Nerven hat und nicht sofort muntig wird, der wird der Sieger sein und den Erfolg, der vor der Tür steht, einheimen können.

— **Die Düsseldorf Reichstagswahl.** Ueber die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen schreibt der „Vorwärts“:

„Die Sozialdemokratie dagegen hat diesmal 8123 Stimmen mehr erhalten als bei der letzten Wahl. Unter diesen Stimmenzuwachs dürfte sich freilich eine erhebliche Anzahl nationalliberaler Stimmen befinden. Denn die Nationalliberalen, die bei der letzten Wahl 14664 Stimmen erhalten haben, sich jedoch vom Mandatsbewerber ausgeschlossen hatten, werden ihre Stimmen zwar zum Teil auf Breitscheid und Bodenrath, zum anderen Teile aber auf den sozialdemokratischen Kandidaten abgeben haben. Jedoch ist es zweifellos, daß diesmal die Sozialdemokratie auch aus eigener Kraft eine beträchtlich größere Stimmenzahl aufgebracht hat als im Jahre 1907. Daß die Nationalliberalen zum Teil für den sozialdemokratischen Kandidaten eingetreten sind, darf wohl darauf zurückgeführt werden, daß der Zentrumskandidat Dr. Friedrich noch kurz vor der Wahl die Hanfstrickle vor den Kopf gestoßen hat. Er hat es nämlich in letzter Stunde kategorisch abgelehnt, dem Sanjabunde irgendeine schriftliche Erklärung abzugeben.“ Was nun die bevorstehende Stichwahl betrifft, so sagt selbst die „Tägl. Rundschau“: